

Danziger Zeitung



№ 16140.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbager- gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Zur Unfallversicherung der Seeleute

sind uns von einem angesehenen Rheder folgende Zuschriften zugegangen:

I.
Alle Rheder, gleichviel ob sie für die Unfallversicherung der Seeleute sympathisch gestimmt sind, oder nicht, dürften darüber einer Meinung sein, daß es gerecht wäre, zu den Kosten auch die Seeleute mit einem Beiträge heranzuziehen. Nicht Selbstsucht führt die Rheder zu diesem Verlangen, sondern Billigkeitsrücksichten. Es geht nicht an, in dieser Beziehung die Rheder mit den Gewerben am Lande über einen Kamm zu scheeren. Am Lande handelt es sich um die Versicherung gegen die Gefahren des Betriebes, zu denen der Arbeitgeber insoweit die Veranlassung gegeben hat, als er die Fabrik oder die Arbeitsstätte errichtet, die Maschinen aufgestellt hat u. a., auf der See kommen zu solchen Gefahren, die man in einen gewissen Zusammenhang mit dem Unternehmer bringen kann, diejenigen der Elemente hinzu. Wenn eine Fabrik durch ein Erdbeben vernichtet wird, wird es Niemand einfallen, diesen Unglücksfall dem Betriebe zur Last zu legen und die Genossenschaft für die Folgen verantwortlich zu machen. Wenn aber, wie es täglich geschieht, selbst das neueste best ausgerüstete Schiff durch die Gewalt der See vernichtet wird, so sollen nach der Regierungsvorlage die daraus entstehenden Folgen von dem Unternehmer ebenfalls getragen werden.

Das scheint eine Ungerechtigkeit. Daß der Rheder gleich dem Fabrikanten haften für die Unfälle, welche der innere Betrieb des Schiffes und seiner Maschine mit sich bringt; will man ihn aber außerdem büßen lassen für elementare Ereignisse, die abzuwenden nicht in seiner Macht liegt, so muß er dafür entschädigt werden, sofern es nicht die Pflicht der Regierung ist, die Rheder schlechter zu stellen, als die Betriebe am Lande. Nun ist zuzugeben, daß eine Scheidung derjenigen Unfälle, welche der innere Betrieb des Schiffes und derjenigen, welche die See veranlaßt, oft nicht durchzuführen sein wird. Deshalb wird nichts übrig bleiben, als auch die Gefahren letzterer Gattung dem Rheder aufzubuhlen; dann muß aber durch Vergütung der Ausgaben seitens eines Dritten Abhilfe geschaffen werden. Daß der Seemann dieser Dritte sei, dafür spricht die Gerechtigkeit. Für die Gefahren der See bezahlt nämlich der Rheder dem Seemann bereits eine Prämie in der Höhe, die höher zu sein pflegt, als der Arbeitslohn am Lande. Wenn dieselben Verrichtungen, welche der Seemann zu leisten hat, auf dem Lande anfangt auf See, wo er jederzeit dem Risiko des Ertrinkens ausgesetzt ist, vorgenommen würden, würden dieselben mit geringerem Arbeitslohn bezahlt werden. Soll der Rheder von jetzt an nicht nur die Gefahrprämie in Gestalt erhöhter Feuer, sondern auch zum zweiten Male durch seinen Zuschuß zu den Kosten der Unfallversicherung bestreiten, dann ist ihm nicht zu verargen, wenn er versucht, sich durch Verringerung der Feuer oder Abzüge von derselben für die doppelte Forderung Ersatz zu schaffen. Das wäre zu bedauern, weil dann die neue Maßregel jede Popularität bei den Arbeitnehmern einbüßen würde, die sich leider schon passiv genug gegenüber den sozialistischen Gesetzen, welche doch ihnen vorzugsweise zu gut kommen sollen, verhalten. Der Matrose wird es viel weniger empfinden, wenn ihm, wie von vielen Seiten vorgeschlagen ist, ein Abzug von zwei Pennigen von jeder Mark Feuer gemacht wird, als wenn von der Rheder die Monatssteuer um einige Mark herabgesetzt wird. Zwei Pennige pro Mark dürften ungefähr die Hälfte der Versicherungskosten betragen, während etwa zwei Drittel aller Unfälle durch Elementarereignisse herbeigeführt werden. An manchen Plätzen, wie Hamburg und Bremen, ist der Seemann an derartige Abzüge von der Feuer gewöhnt gewesen, oder er leistet sie ohne Widerstreben noch heute. Die Einziehung würde, nebenbei gesagt, da sie durch die Seemannskammer geteilt werden kann, wenig Umstände machen.

Es scheint außerdem zweckmäßiger, auf gesetzlichem Wege ein für alle Male einen bestimmten Abzug von der Feuer zu normieren, als den Lohnkrieg zwischen Rheder und Seemann zu entfachen, in welchem der letztere, da das Angebot von See-

mannskräften jetzt stärker zu sein pflegt als die Nachfrage, den Kürzeren ziehen dürfte. In keinem Gewerbe hat sich bisher die Feststellung des Arbeitslohnes in so ruhiger, sachgemäßer Weise vollzogen, wie bei der Rheder, und es ist sehr zu wünschen, daß es auch in Zukunft so bleibe.

Wenn in den Motiven der Regierungsvorlage gesagt wird, daß eine Heranziehung des Seemanns zu den Kosten sich mit dem Princip dieser socialen Gesetzgebung nicht vertrüge, wonach die Unfallversicherung der Arbeiter eine gesetzlich dem Betriebe innewohnende Verpflichtung des Arbeitgebers sei, so ist außer Acht gelassen, daß es sich bei der Unfallversicherung der Seeleute nicht um ein Unfälle des inneren Betriebes, sondern auch um solche handelt, die durch Elementarereignisse herbeigeführt werden. Möge der Rheder für Betriebsunfälle haften gleich seinen Genossen am Lande — ihm jedoch auch die Versicherung für dasjenige aufzubuhlen, was in englischen Verfrachtungsdokumenten die Act of God genannt wird, wäre eine Ungerechtigkeit, deren sich am wenigsten ein Staat schuldig machen darf, der er für seine Aufgabe hält, über das Gedeihen jedes einzelnen Gewerbes zu wachen.

Oesterreich-Ungarns Veto.

In seiner schon telegraphisch erwähnten Ansprache an die ungarische Delegation sprach sich der Präsident Graf Tisza mit großem Nachdruck bezüglich der Lage im Orient folgendermaßen aus: „Es ist eine Hauptpflicht der Delegation, Vorsorge zu treffen, daß die Heereskraft der Monarchie nicht nur in Bezug auf Patriotismus und Hingebung, sondern auch in Bezug auf Kraft und Ausrüstung eine gleichwertige ist und sich als solche fühlen kann. Von den Völkern der Monarchie, in erster Linie von den ungarischen Staatsbürgern, werde mit Recht betont, daß die wichtigsten Interessen der Monarchie im Orient um keinen Preis, selbst nicht behufs Vermeidung eines bewaffneten Zusammenstoßes ausgegeben werden dürfen.“

Wie erinnerlich, sprach auch Smolka in der österreichischen Delegation von der „ultima ratio“. Es darf erwartet werden, daß die Aufklärungen des Ministers Grafen Kalnothy in Uebereinstimmung stehen werden mit diesen Anschauungen Tisza's, die inhaltlich dieselben sind, wie sie schon vor einiger Zeit im ungarischen Abgeordnetenhaus regierungstetig kundgegeben wurden. Aber der Ton ist noch schärfer und unabweisbarer. Also Oesterreich-Ungarn wird gegen die russische Occupation Bulgariens Veto einlegen. Wie aber, wenn Bulgarien zunächst eben nur Varna besetzt? Ausland hält ja dann sein Versprechen, Bulgarien als solches nicht zu occupieren. Denn Varna ist ja nur — ein Ort davon. Man darf neugierig sein, ob auch in Bezug auf diese Eventualität Aufklärungen erfolgen und ob sich das österreichische Veto auf eine solche partielle militärische Besetzung erstreckt. Dies ist momentan die wichtigste Frage. Aber — Ausland hat sich schon so viel herausnehmen dürfen, General Raulbars hat schon solche unerhörte Dinge wagen können, ohne auf Widerspruch seitens der Mächte zu stoßen, daß sich Niemand sonderlich wundern könnte, wenn den Russen ihr die Hauptkriegsgegenstände umgebenes Mandatvergelangt.

Uebrigens wird von manchen Seiten auch heute die Wahrscheinlichkeit eines Sieges der Russen über die Regentenschaft auch ohne Occupation betont. In Wien hält man einen Regierungswechsel in russischem Sinne für nahe bevorstehend. Nach der „Köln. Ztg.“ hatte man in Petersburg für den Fall einer friedlichen Lösung, die vermutlich eine andere Regierung voraussetzt, die Rückkehr russischer Offiziere und die Umgestaltung der bulgarischen Armee ins Auge gefaßt. Dazu wäre eine Anzahl Soldaten erforderlich, und diese sollten in den vielbesprochenen Schiffen bereit gehalten werden. Eine Besetzung wäre dann also nicht erfolgt, was mit anderen Worten heißt, daß sie dann nicht mehr nötig wäre. — Und gegen eine solche Festsetzung der Russen in Sofia richtet sich das österreichische Veto wohl auch nicht!

Deutschland.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Es ist nach der „Nat.-Ztg.“ jetzt die Rede davon, daß der Zusammentritt des Reichstags abermals, etwa bis zum 25. November, hinausgeschoben werden soll. Damit wird die bis zu den parlamentarischen Weihnachtsferien verfügbare Arbeitszeit abermals verkürzt. Die so oft beklagte Häufung der Arbeit nach Neujahr, wenn Reichstag und Abgeordnetenhaus gleichzeitig beisammen sind, wird allem Anschein nach diesmal noch lästiger, als früher, werden. Die Verzögerung der Einberufung des Reichstags dürfte lediglich darauf zurückzuführen sein, daß die Vorarbeiten für den Stat., welcher noch immer dem Bundesrath nicht vollständig vorliegt, sich mehr als sonst in die Länge gezogen haben.

Berlin, 5. November. [Die „Kreuzztg.“ und die „Börse.“] Die „Kreuzztg.“ gebehrt sich zwar, als ob es ganz undenkbar sei, daß irgend Jemand wisse, was denn eigentlich der Herr Reichskanzler mit seinem Bankier Herrn v. Bleichröder in Barzin verhandelt habe. Inzwischen scheint es ihr durchaus nicht unglauwürdig, daß von dem Verbot einer gewissen Kategorie ausländischer Anleihen die Rede gewesen sei. Das „Deutsche Tagebl.“ hatte ja neulich schon behauptet, die letzte Erhöhung des Bankdisconts sei lediglich durch die argentinische Anleihe veranlaßt worden. Selbstverständlich beiläufig die „Kreuzztg.“, sich dem Reichskanzler zur Verfügung zu stellen, wenn er dem Umweien mit dem Betrieb ausländischer Anleihen in Deutschland entgegengetreten wolle. Sie glaubt zwar selbst nicht, daß das Erfolg haben werde; aber sie rechnet offenbar darauf, daß der Reichskanzler, wenn der erste Schritt vergeblich sein sollte, einen zweiten u. i. w. unternehmen werde und auf diesem Wege der von der „Kreuzztg.“ so ersehnte Vernichtungskampf gegen die Börse allmählich in Zug kommen werde. Nach den Staatsweisen der „Kreuzztg.“ ist es ein lächerlicher Irrthum, zu behaupten, daß die Börse unentbehrlich sei. „Die Börse“, schreibt das würdige Blatt, „ist allmählich das Instrument zur Befehdung und Verchiebung der Besitzverhältnisse, wie überhaupt zur Mobilisirung und Umföhrung des Vermögens geworden.“ Um so seltsamer klingt es, wenn die „Kreuzztg.“ sich nachher mit einer das Differenzial belastenden Börsesteuer zufrieden geben will.

[Die Staatsbahnverwaltung] hat den Schlafwagenbetrieb auf der Linie Berlin-Köln eingeföhlt. Die Bezüge und Matragen der Schlafwagen Berlin-Frankfurt müssen, wie man der „Nat.-Zeit.“ meldet, seit gestern auf Anordnung der Sanitätspolizei (jedenfalls der Cholera wegen) desinficirt werden.

[Fürstbischof Herzog] soll, nach der „Schlef. Ztg.“, zweifellos mindestens theilweise dispositionsunfähig sein. Im Hinblick hierauf mußte man die Ansetzung der Reichstagsitzung von ihm vollzogenen stichlicher und anderer Acte befürchten, weshalb man die Einsetzung eines Coadjutors anregte, wozu bekanntlich Bischof Kopp von Fulda bestimmt sein soll.

[Der russische Votschafter] am hiesigen Hofe, General-Adjutant Graf Schumalow, wird in den nächsten Tagen nach Ablauf seines Urlaubes von Petersburg hier wieder eintreffen.

[Die bairische Gesandtschaft in Paris.] Anlässlich der Verhaftung und Freilassung des Dr. Sandler ist darauf hingewiesen worden, wie wenig die besondere diplomatische Vertretung Baierns in Paris sich in diesem Falle bewährt hat und wie derselbe von Neuem an die Aufhebung der noch bestehenden Sondervertretungen dieser Art mahnt. Auch ein bairisches Blatt, die „Münchener „Neuesten Nachr.“, schreibt darüber:

Bekanntlich wurde der unvorsichtige Gelehrte wegen Verdachts der Spionage eingekerkert und vergeblich bemühte sich der bairische Gesandte in Paris, ihn aus der Haft zu befreien, bis endlich der deutsche Votschafter eintrat und sofort erlangte, was der Vertreter Baierns Wochen hindurch erfolglos reclamirt hatte. In der That sind solche Beispiele recht drastische Belege für die Unhaltbarkeit der früher regelmäßig von Abgeordneten Herz in der bairischen Abgeordnetenversammlung gestellten Anträge auf Beilegung der kostspieligen bairischen Gesandtschaften im Auslande, deren Aufgaben von den

Vertretern des Reiches mit viel mehr Nachdruck besorgt werden können.

[Aus Deutsch-Ostafrika.] Nach einem in Hamburg eingegangenen Telegramm aus Zanzibar vom 1. d. sind die Unterhandlungen mit dem Sultan bezüglich der vertragswidrigen Behandlung eines Dieners des Herrn Denhardt, der in Lamu von dem dortigen Vertreter des Sultans unrechtmäßig verhaftet worden war, zu einer befriedigenden Erledigung gekommen. Auf Grund der von dem deutschen Generalconsul unter Darlegung des Sachverhalts gemachten Vorstellung hat der Sultan das eigenmächtige Vorgehen seines Wali gemißbilligt, ihn seiner Stellung entzogen und zu einem Jahr Gefängnis und Zahlung einer Strafsomme von 18 000 Rupien verurtheilt. Dieser Betrag, etwa 36 000 Mk., ist auch bereits dem deutschen Generalconsul ausbezahlt worden.

[Briefmarken für die deutschen Colonien.] Die Oberpostdirection giebt guten Vernehmen nach am 1. Januar 1887 die neuen Briefmarken für die afrikanischen Colonien und Samoa in Circulation. Dieselben sind in der gleichen Farbe und Werthbezeichnung wie die deutschen Marken hergestellt und tragen nur oben den Vermerk „Colonie des Deutschen Reiches“, unten „Afrika“ oder „Samoa“.

[Zur Handhabung des Socialistengesetzes.] Selbst die Reichscommission, die bekante Beschwerdeinstanz in Sachen der Ausföhrung des Socialistengesetzes, scheint es für angezeigt zu erachten, dem allzu großen Eifer der Behörden einen kleinen Dämpfer aufzusetzen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte gestern nicht weniger als 4 Entscheidungen der Reichscommission, durch welche Zeitungs- und Flugblätter-Verbote auf Grund des Socialistengesetzes wieder aufgehoben wurden. Ein Flugblatt, dessen Verbot aufgehoben wird, ist das von socialdemokratischer Seite bei der Vriagswahl im Reichstagswahlkreise Lauenburg zu Gunsten der Candidatur des Herrn Molkenbuhler verbreitete. Es wurde schon damals darauf hingewiesen, daß die Beschlagnahme des Flugblattes wenige Tage vor der Wahl und nachdem dasselbe weitest Verbreitung gefunden, zwecklos sei. Die Aufhebung der Beschlagnahme nach Ablauf von über zwei Monaten hat selbstverständlich nur eine formale Bedeutung.

[Gastantritt der verurtheilten Socialisten.] Den sämmtlichen im Freiberger Prozeß verurtheilten socialdemokratischen Führern ist jetzt das Reichsgericht's Erkenntnis betreffend die Verwerfung der Revision zugegangen. Abg. Diez hat auf sein Gesuch, ihm in Bezug auf den Strafantritt einen Aufschub von mehreren Wochen zu gewähren, einen abschlägigen Beschcheid erhalten, desgleichen der Wilbuhauer Müller in Darmstadt auf sein Gesuch, die Strafe in Darmstadt verbüßen zu können.

[Die Deutschen auf Hayti.] Der Präsident der Negerrepublik von Hayti hat den General Maneget nach Paris entsandt, um für das Gymnasium zu Port-au-Prince, das unter so martialischer Leitung steht, einige Lehrkräfte zu gewinnen. Gelegentlich dieser Mission schreibt das „XIX. Siècle“:

„Die Deutschen sind in Hayti, sie sind in Hayti wie sie allerorten sind. Eines schönen Tages — eines abschließlichen Tages — sah man dort ein Duzend Männer und Frauen ankommen. Diese verkehrten sich, hatten ihrer Gesplogtheit entsprechend unglückliche Kinder und gründeten zu gleicher Zeit sechs Familien und sechs Geschäfte. Sehr schnell, allzu schnell wuchsen und vervielfältigten sie sich; andere Germanen, die sie herbeizogen, kamen ihnen zu Hilfe und nachdem sie den Handel der Republik an sich gerissen haben, drohen sie allmächtig zu werden! Was soll man dieser furchtbaren Invasion gegenüber machen? Die etwas trägen Haytianer haben nicht die materiellen Mittel, um gegen diese Ausdehnung deutschen Einflusses zu kämpfen, von dem sie in gewissen Grenzen sogar Nutzen ziehen; als Widerstandsmittel sind sie auf die Reorganisation des französischen Unterrichts verlassen.“

Die „Republique Française“ übernimmt diesen Schmerzensschrei und begleitet ihn mit Lobeserhebungen auf die Regierung von Hayti, die gute und republikanische Politik mit der Sendung des schwarzen Generals vertheilt. Die Franzosen haben wohl keine Ahnung davon, wie schwer lächerlich sie sich durch diese Deutschenfurcht in den Augen der Welt machen; jetzt fühlen sie sich selbst in Hayti beunruhigt.

[Salz-Production und -Consum.] Ueber

Annali.

Nachdruck verboten.

Novelle von Ewald Böder.

Herr Schmitz hatte inzwischen eine Flasche Markgräfer herbeigeht und schenkte seinen Gästen mit vollendeter Grazie ein.

Die Unterhaltung begann. Man sprach von dem Eisenbahnunglück, und Herr Himmich verhehlte schlecht seinen Verdruß darüber, daß derselbe ihn der Freude beraubt habe, „Fräulein“ Anneli zu sehen. — Ich muß hier gleich anmerken, daß er das „Fräulein“ nur in der ersten Viertelstunde in den Mund nahm; später sagte er in dreister Familiarität kurzweg „Anneli“.

Man sprach vom schlechten Wetter, und Herr Himmich freute sich, daß seinetwegen heute wieder einmal die „Studioschen“ ausgeblieben seien. Dann theilte er selbst — wie mir schien, nicht ohne Schadenfreude — Herrn Schmitz mit, daß das Corps Anania diesmal seinen Abschieds-Commerß beim Concurrenten, im Hotel zum „Falkenest“ zu feiern gedente. Und damit nahm das Gespräch eine Wendung mir nach Wunsch und bot mir die willkommenen Gelegenheit, Daumenschrauben anzusetzen.

Ich gestehe, anfänglich hatte die Unterhaltung mit diesem Herrn für mich etwas Widerwärtiges, und ich hätte mich ihr ganz gerne entzogen, wenn ich mir nicht vorgenommen hätte, um Anneli's Willen auszuhalten. Als ich aber erst beobachtet hatte, daß meine im Lauf des Gesprächs offenbarte Qualität als Dr. juris auf den Jünger Merkurs einen unbehaglichen Eindruck machte, war ich vollends entschlossen, die Situation nach Kräften auszunutzen.

„Wie ist denn das gekommen“, wandte ich mich plötzlich an Herrn Schmitz, „daß unser Corps nicht mehr zu Ihnen kommt? Seit Jahrzehnten hat es immer im „Grünen Baum“ seine Erkneipe gehabt.“

„Ja, sehen Sie, Herr Doctor“, sagte der Angeredete zaghaft, „es hat mir selbst von Herzen leid gethan, daß es zum Bruche kommen mußte. Aber die Schulden! Die Schulden, Herr Doctor!“

„Die Schulden? oder die der Nennanen?“ fragte ich sarkastisch.

„Beide“, nahm Herr Himmich das Wort.

„Die letzteren waren die Ursache der ersteren. Sie haben gar keinen Begriff davon, wie heruntergekommen die Wirthschaft war, als Herr Buller hier. Nicht eine Woche länger hätte er sich halten können.“

„So! Und Sie fingen damit die neue Aera an, daß sie die alte, feste Kundschaft vertrieben?“ wandte ich mich wieder an den Wirth.

„D — wie können Sie das sagen? Bitte gehorsam! — aber wir mußten doch zusehen, zu retten, was möglich war, und fingen darum an, die ausstehenden Guthaben einzutreiben.“

„Wer — wir?“

„Herr Himmich, der so gültig war, mir zu helfen, und ich.“

„So so. Na, das konnte Ihnen Niemand verdenken. Aber wie machten Sie das?“

„Wie ich?“

„Ja nun“, sagte Himmich in unverschämtem Tone; „wir klagten eben.“

„Sie klagten! Sie wußten, wie viele Prozesse Sie so dem „Grünen Baum“ in die dünnen Aeste hingen?“

„Dreiundzwanzig“, sagte Herr Himmich rasch, aber schon hatte der Andere mit tiefem Seufzer die

Wahrheit gestanden, die ihm freilich einen strafenden Blick einbrachte. „Dreiundvierzig“, hatte er gesagt. „Gott's Wunder! würde mein seliger Freund Bullerjan ausrufen; ist das eine Arbeit! Dreiundvierzig Prozesse!“ — Und nun, meine Herren? Mit welchem Erfolge?“

Herr Himmich, der stotte Jüngling, räusperte sich, aber der Andere achtete nicht darauf und gab gar klägliches Bescheid.

„Ja, ja!“ jammerte Tante Trudchen dazu; „ich habe es immer gesagt: es war doch wohl nicht der richtige Weg! Bekommen haben wir so gut wie nichts, und gekostet hat die Geschichte ein Heiden- geld und kostet's immer noch!“

„Glaub's wohl!“ lachte ich.

„Und für die Wirthschaft hätten wir's so dringend nötig! Aber wir können gar nichts repariren und die Concurrenz wird von Tag zu Tag drückender.“

„Aha! Weil die besten Kunden nun drüben sind im „Falkenest“? Gelt, Herr Himmich?“

„Die besten Kunden — diese Studenten? Diese Schuldenmacher?“ vertheilte sich der Angeregte jetzt in nervöser Erregung. „Weiß Gott, da kenne ich doch bessere! Die Handlungsreisenden z. B., und im Sommer Badegäste.“

„Hier — Handlungsreisende? — Darauf wollen Sie speculiren?“

„Herr Doctor!“ fuhr er nun auf; „Sie mögen ein tüchtiger Jurist sein; aber, mit Verlaub! deshalb verließen Sie doch noch wenig vom Hotelbetrieb! Und unser verehrter Freund, Herr Schmitz, war zeitweilig in den ersten Hotels als Oberkellner.“

„Sie selbst“, unterbrach ich den Schwadronier

mit Nachdruck, „Sie selbst sind auch kein Gastwirth; aber Kaufmann? Nicht wahr? Und Sie haben ohne Zweifel unserem verehrten Freunde, Herrn Schmitz, mit Ihren Kapitalien ausgeholfen, als der „Grüne Baum“ nichts mehr verdiente, aber viel Geld im Prozesse steckte? Vermuthe ich recht?“

„Vollkommen recht!“ replicirte jener hitzig, „denn es war meine Freundespflicht, hier auszu- helfen.“

„Sehr brav, Herr Himmich! Aber hoffentlich auch — durchaus uninteressirt?“

„Gewiß! Versteht sich! Hypothek zum billigsten Zinsfuß! Ich bitte Sie, heute, wo das Geld so schwer zu haben, zu 3½ Prozent.“

„6½ Prozent“, schaltete der unglückselige Herr Schmitz ein und erntete dafür einen wahrhaft diabolischen Giftblid.

„Sehr — sehr ungenügend!“ lachte ich grimmig auf. „Aber noch eine Frage, mein werther Herr Himmich! Seit wann daiter Ihre Freundschaft für den „Grünen Baum“? Waren Sie auch mit dem vorigen Besitzer schon auf so vertrautem Fuße?“

